

GLOBAL⁺

Globalisierung und Nord/Süd-Politik

alliance*sud*

Arbeitsgemeinschaft Swissaid | Fastenopfer | Brot für alle | Helvetas | Caritas | Heks | www.alliancesud.ch



Welche Rezepte gegen den Wettlauf um Land?

Klimapolitik:
Schlechte Aussichten

Krisenbewältigung:
Uno auf Zuschauerbank

Steuerpolitik: Wer hat,
dem wird gegeben

EU-Parlament gegen Steuertricks der Multis

Um Steuern einzusparen, verschleiben multinationale Konzerne buchhalterisch Profite in Steuerparadiese, die keine oder sehr geringe Abgaben erheben. Das ist möglich, weil ihre Auslandsgesellschaften untereinander zu fiktiven Preisen Handel betreiben können. NGOs wie das Tax Justice Network wollen diese unverantwortliche, aber legale Praxis mit dem Country-by-Country-Reporting bekämpfen. Die Multis müssten in ihrer Konzernbilanz die Aktivitäten und Gewinne in jedem einzelnen Land ausweisen. Jetzt unterstützt auch das Europäische Parlament den Vorschlag. Anfang Jahr forderte es die EU-Kommission auf, im neuen Cotonou-Abkommen mit den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP) einen verbindlichen Mechanismus zu integrieren, der «alle transnationalen Unternehmen zwingt, automatisch über ihre Gewinne und die in den einzelnen Staaten ihrer Tätigkeit gezahlten Steuern zu informieren».

Handelsverträge und Menschenrechte
Die Schweiz bereitet bilaterale Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen mit Vietnam vor. Alliance Sud hat dem feder-

führenden Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) vorgeschlagen, vorab eine Studie über mögliche Auswirkungen eines solchen Vertrags auf die Menschenrechte zu finanzieren. Fachleute der Uno warnen immer wieder vor den Auswirkungen von Handelsliberalisierungen auf die ärmsten Bevölkerungsschichten. Tatsächlich kann sich die von der Schweiz jeweils geforderte Verschärfung des Patentrechtes auf das Recht auf Gesundheit und Ernährung auswirken. «Die grosse Komplexität der Fragen, die man dabei prüfen müsste», so schreibt das Seco, «würde dazu zwingen, Arbeitshypothesen zu formulieren, die methodologisch diskutabel sind». Schade – die Schweiz hat einmal mehr eine Chance verpasst, Menschenrechts- und Handelspolitik zu verknüpfen.

US-Prioritäten in Afrika
Die Hoffnungen, die Administration Obama würde in Afrika die «militärische Zusammenarbeit» zurückschrauben und die Armutsbekämpfung aufwerten, haben sich vorderhand nicht erfüllt. Für 2009/2010 verdreifachten die USA diverse Militärbeihilfen des Aussenministeriums und hoben das Budget des Military Command for Africa (Africom) von 300 auf rund 500 Mio.

Dollar an. Hilfsprogramme gegen die Armut in Afrika aber wurden nicht erhöht. Die Regierung Bush hat Africom 2007 lanciert und im ersten Jahr mit einem 50-Millionen-Budget ausgestattet. 2009 organisierten die USA zwei Monate nach dem Tod des Alleinherrschers Omar Bongo in Gabun Manöver mit der Teilnahme von Militärs aus 25 afrikanischen Ländern. Einen Monat später gewann Bongos Sohn getürkte Wahlen. Weitere Schwerpunkte von Africom liegen im Horn von Afrika und in den Sahelstaaten.

UBS favorisiert Republikaner
Die Schweizer Banktöchter unterstützen, wie alle anderen Wallstreet-Firmen auch, finanziell die beiden amerikanischen Grossparteien bzw. ausgewählte, in Finanzfragen entscheidende Kongressabgeordnete. Berücksichtigt werden in der Regel beide Parteien. 2008 gab die UBS beiden Parteien gleich viel. Auf die Kongresswahlen von November 2010 hin favorisiert die UBS nun republikanische Abgeordnete, die sich besonders gegen die Bankenregulierungsvorlage der Administration Obama einsetzen. Sie gibt den Republikanern etwa 56 Prozent aller Wahlbeiträge, wie das Center for Responsive Politics mitteilt.



Peter Niggli

Und wenn sich die Wissenschaftler irren?

Louisiana, Texas und Oklahoma verabschiedeten kürzlich Gesetze, wonach die Lehrkräfte wissenschaftliche Theorien über die Evolution und den Klimawandel «kritisch» behandeln und mit «alternativen» Theorien konfrontieren müssen. Das Parlament von Süd-Dakota beschloss in einer Resolution, in den Schulen die Klimaerwärmung «ausgewogen» zu behandeln, unter anderem, weil «CO₂ kein Schadstoff ist, sondern vielmehr ein äusserst nutzbringendes Ingredienz für jedes pflanzliche Leben». Für die Mehrheitsentscheide sorgten die Republikaner und der klimaskeptische Teil der evangelikalen Bewegung.

Zu Parlamentsentscheiden über den Wahrheitsgehalt wissenschaftlicher Theorien dürfte es in Europa kaum kommen. Aber die Fehler in der wissenschaftlichen Arbeit des Weltklimarats (IPCC), die in letzter Zeit enthüllt worden sind, haben auch hier den Leugnern des Klimawandels Auftrieb verschafft, obwohl die bisher aufgedeckten zwei (!) Fehler den Gehalt der Klimaerwärmungstheorie nicht verändern.

Nehmen wir einmal contre cœur an, die «Klimaskeptiker» hätten Recht und die Klimaerwärmungstheorie sei falsch. Was würde es schaden, wenn die Welt in den nächsten zwanzig Jahren aus der angeblich falschen Theorie Konsequenzen zöge und auf erneuerbare Energien, Produktionsprozesse mit tiefem Kohlenstoffverbrauch und die Bewahrung, statt Abholzung der Urwälder umstellte? Nichts. Kommt hinzu, dass Erdöl nicht unbegrenzt zur Verfügung steht und mittlerweile sogar der Chefökonom der den USA nahe stehenden Internationalen Energieagentur den Peak Oil auf 2020 voraussagt.

Von anderen wissenschaftlichen Theorien und ihrer praktischen Umsetzung lässt sich nicht sagen, dass es keine Rolle spielt, ob sie wahr oder falsch sind. Falls die Gen-, Nano- oder Nuklearenergie-Technologie nicht, wie es wissenschaftliche Theorien behaupten, nur harmlose, kontrollierbare Auswirkungen haben, ist mit erheblichen Folgeschäden für die Menschheit zu rechnen. Hier sind die Leugner der Klimaerwärmung jedoch wissenschaftsgläubig. Sie sind sogar bereit, um der allgemeinen Wohlfahrt willen «Restrisiken» einzugehen. Sie scheuen nur das «Risiko», dass sich die Klimawissenschaften irren könnten. Dabei besteht das tatsächliche Risiko darin, dass die Klimaerwärmungstheorie stimmt. Handelt, wer sich nicht dagegen versichert und die nötigen Massnahmen ergreift, nicht verantwortungslos?

Peter Niggli, Geschäftsleiter Alliance Sud

Impressum

GLOBAL+
erscheint viermal jährlich.

Herausgeberin:
Alliance Sud
Arbeitsgemeinschaft
Swissaid | Fastenopfer | Brot für alle
Helvetas | Caritas | Heks
Monbijoustrasse 31, Postfach 6735, 3001 Bern,
Tel. 031 390 93 30, Fax 031 390 93 31
E-Mail: globalplus@alliancesud.ch
www.alliancesud.ch

Redaktion:
Pepo Hofstetter (ph), Kathrin Spichiger (ks),
Tel. 031 390 93 34/30

Grafik: c.p.a. Clerici Partner AG, Zürich
Druck: s+z: gutzumdruck, Brig
Auflage: 2500
Einzelpreis: Fr. 7.50
Jahresabo: 30.–
Förderabo: mind. Fr. 50.–
Inseratepreise/Beilagen: auf Anfrage
Titelseite: Richard Gerster (Madagaskar)

Die nächste Ausgabe erscheint im Juni 2010.

Alliance Sud auf einen Blick

- Präsident**
Antonio Hautle, Direktor Fastenopfer
- Geschäftsstelle**
Peter Niggli (Geschäftsleiter), Kathrin Spichiger,
Franziska Schai, Postfach 6735, 3001 Bern,
Tel. 031 390 93 30, Fax 031 390 93 31,
E-Mail: mail@alliancesud.ch
- Entwicklungspolitik**
 - **Entwicklungszusammenarbeit**
Michèle Laubscher, Tel. 031 390 93 40,
michele.laubscher@alliancesud.ch
 - **Handel/WTO**
Isolda Agazzi/Michel Egger,
Tel. 021 612 00 95,
lausanne@alliancesud.ch
 - **Internationale Finanzen**
Mark Herkenrath, Tel. 031 390 93 35,
mark.herkenrath@alliancesud.ch
 - **Medienstelle**
Pepo Hofstetter, Tel. 031 390 93 34,
pepo.hofstetter@alliancesud.ch
 - **Nachhaltige Entwicklung/Gender**
Rosmarie Bär, Tel. 031 390 93 32,
rosmarie.baer@alliancesud.ch
- **Italienische Schweiz**
Lavinia Sommaruga, Tel. 091 967 33 66,
lavinia.sommaruga@alliancesud.ch
- Alliance Sud Expertise**
Bruno Stöckli, Tel. 031 390 93 33,
bruno.stoekli@alliancesud.ch
- Bildungsstelle** Urs Fankhauser/Marianne Gujer,
Tel. 031 390 93 39, school@alliancesud.ch
- Dokumentationszentrum Bern**
Flavio Haab/Emanuela Tognola/
Renate Zimmermann, Tel. 031 390 93 37,
dokumentation@alliancesud.ch
- Regionalstelle Lausanne**
Isolda Agazzi/Michel Egger/Frédéric Russbach,
Tel. 021 612 00 95/Fax 021 612 00 99,
lausanne@alliancesud.ch
- Dokumentation Lausanne**
Line Durussel/Nicolas Derron/Pierre Flatt,
Tel. 021 612 00 86, doc@alliancesud.ch
- Regionalstelle Lugano**
Lavinia Sommaruga/Silvia Carton,
Tel. 091 967 33 66/Fax 091 966 02 46,
lugano@alliancesud.ch

Aus dem Inhalt



Seite 6

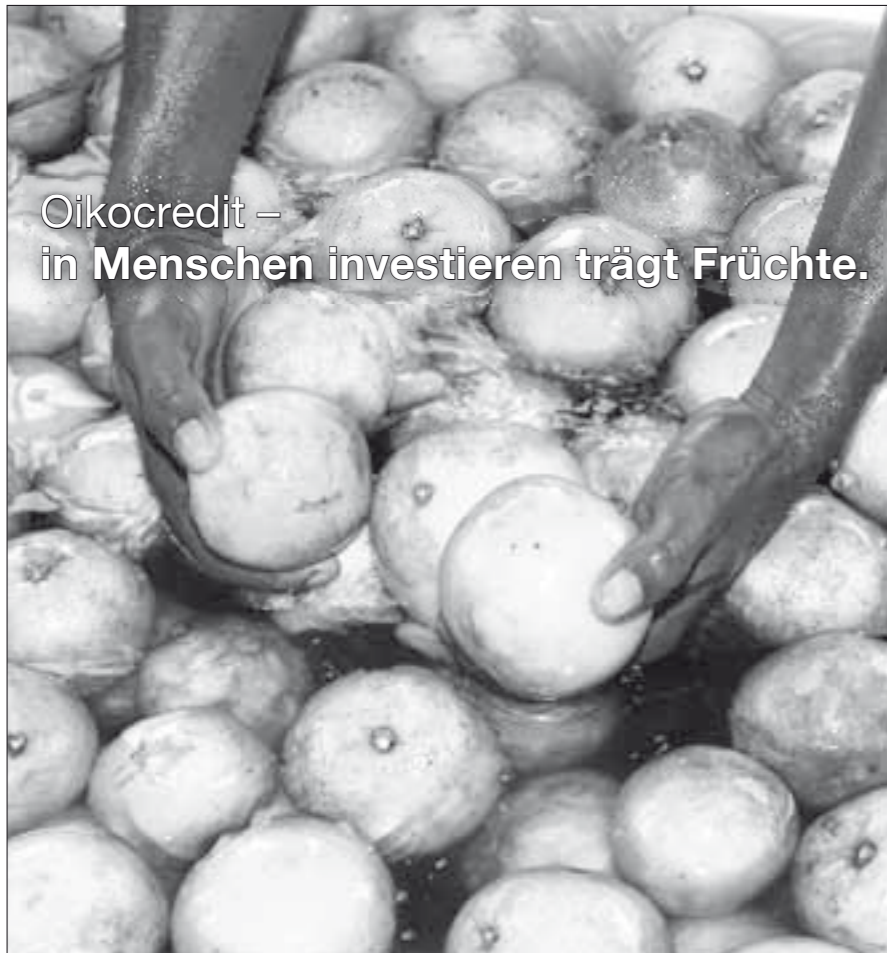


Seite 8



Seite 10

- Klimapolitik nach Kopenhagen
- 5 Schlechte Aussichten fürs Klima**
- Global Governance
- 6 Die Uno auf der Zuschauerbank**
- Land Grabbing (1)
- 8 Rezepte gegen den Griff aufs fremde Land**
- Land Grabbing (2)
- 10 Die Meinung der Deza**
- Kampf gegen Steuerflucht
- 13 Bleibt der Süden auf der Strecke?**



Oikocredit –
in Menschen investieren trägt Früchte.

Oikocredit vergibt faire Darlehen. Millionen von Menschen in armen Ländern erhalten so Mikrokredite. Ob Schneiderin, Bauer, Strassenköchin oder IT-Berater: als Kleinunternehmerinnen und -unternehmer schaffen sie Arbeitsplätze, können ihre Familien ernähren und zahlen ihre Kredite zuverlässig zurück.

Oikocredit ist die grösste private Investorin gegen Armut. Wenn auch Sie sich für eine gerechtere Welt engagieren und Ihr Geld sinnvoll und sozial verantwortlich anlegen wollen, dann sollten Sie Anteilsscheine von Oikocredit zeichnen.

Auskünfte erteilt gerne:
Claudia Nielsen
Geschäftsführerin
Oikocredit deutsche Schweiz
cnielsen@oikocredit.org
044 240 00 62
www.oikocredit.ch



WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

57

Staat und Krise

Finanzmarktkrise, Staatsinterventionismus, Green New Deal; Staaten in Afrika; Geschlechtergerechtigkeit; Staatsleitbilder und marktliberaler Diskurs; Finanz- und Steuerpolitik; Kritische Arbeitssoziologie; Post-Neoliberalismus; Deglobalisierung – Strategie von unten; Arbeitnehmer/innenrechte in Europa

E. Altwater, H. Melber, B. Sauer, H.-J. Bieling, D. Lampart, W. Vontobel, J. Wissel, K. Dörre, U. Brand, H. Schächli, P. Rechsteiner

Diskussion

M. Vester: Wirtschaftlicher Pfadwechsel
P. Oehlke: Soziale Demokratie und Verfassungspolitik
C. v. Werthof: Post-patriarchale Zivilisation
W. Völker: André Gorz' radikales Vermächtnis

208 Seiten, Fr. 25.– (Abonnement Fr. 40.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, 8031 Zürich
Tel./Fax 044 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Alle besitzen Aktien, alle tragen Verantwortung!

Sie sind vermutlich AktionärIn, ohne es zu wissen!
Über Ihre Pensionskasse, den AHV-Fonds oder vielleicht sogar direkt besitzen Sie Aktien!

In Ihrem Namen werden Entscheidungen getroffen.
ACTARES vertritt Sie und setzt sich bei grossen Schweizer Aktiengesellschaften für soziale, ökologische und finanzielle Nachhaltigkeit ein.
Machen Sie mit!

Möchten Sie mitmachen?
Mehr erfahren Sie aus dem Faltprospekt, der dieser Ausgabe von GLOBAL+ beigelegt ist.
Wurde er schon gebraucht? Keine Sorge, Auskunft erhalten Sie bei:

ACTARES

Actionariat pour une économie durable
AktionärInnen für nachhaltiges Wirtschaften

Tel 031 371 92 14
Fax 031 371 92 15
info@actares.ch
www.actares.ch
PC: 17-443 480-3

Klimapolitik nach Kopenhagen

Schlechte Aussichten fürs Klima

Ende Jahr soll Cancún bringen, was Kopenhagen verpasste: ein verbindliches Klimaabkommen, das die Klimaerwärmung unter 2 Grad Celsius hält. Ob das gelingt, ist mehr als fraglich.

Nach Kopenhagen herrscht in Sachen Klimapolitik Katerstimmung. Positive Signale blieben aus, die festgefahrenen Verhandlungen konnten vorerst nicht wieder angeschoben werden. Um sie wieder in Gang zu setzen, hat die Uno kurzfristig zu einem Treffen nach Bonn eingeladen (siehe Kasten).

Die Chancen, dass Ende Jahr doch noch ein Folgeabkommen für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll zustande kommt, sind aber gering. Auf höchstens 1 Prozent veranschlagt sie ein Insider der Bundesverwaltung. Warum diese Einschätzung?

1. Bei den CO₂-Reduktionszielen herrscht Stillstand. Die von den Industrie- und Schwellenländern gemeldeten nationalen Vorgaben sind um kein Prozent höher als vor Kopenhagen. Die EU bleibt bei ihren mageren 20 Prozent, ebenso die Schweiz. Dies, obwohl alle wissen, dass wir damit auf eine Erwärmung um 3,5 Grad zusteuern.

2. Die neue Klimakommissarin der EU, Connie Hedegaard, hat die Hoffnung auf ein verbindliches Abkommen bereits aufgegeben. Noch im Januar plädierte die Präsidentin des gescheiterten Kopenhagener Gipfels für einen Effort, um in Mexiko zu einem «echten Klimavertrag» zu kommen. Nun nennt sie dies «unrealistisch» und setzt nur noch auf «politische Teilabkommen».

3. Yvo de Boer, der Chef des Uno-Klimasekretariates, wirft auf den 1. Juli das Handtuch. Das ist ein schwerer Schlag für den Fortgang der Verhandlungen unter dem Dach der Uno. De Boer galt als Garant für ein Kyoto-Folgeabkommen, bei dem die Entwicklungsländer gleichberechtigt am Verhandlungstisch sitzen.

4. Der US-Senat torpediert weiterhin das Klimagesetz von Präsident Obama und damit eine konstruktive Rolle auf internationaler Ebene. Stattdessen verlangt der US-Klimabeauftragte von den Schwellenländern «weitergehende Massnahmen», sonst sei sogar die Minimaleinigung von Kopenhagen eine «Totgeburt». Die USA möchten die weltweiten Klimaverhandlungen innerhalb exklusiver Gruppen wie der G-20 oder dem Major Economies Forum on Energy and Climate führen. Dort sind die grössten Klimasünder unter sich, und die ärmeren Entwicklungsländer bleiben aussen vor.

5. China will auf freiwilliger Basis pro Einheit des Bruttoinlandproduktes 40 bis 45 Prozent weniger Treibhausgase ausstossen als 2005, Indien 20 bis 25 Prozent. Das sind keine Reduktionen, sondern ist bloss eine Verlangsamung des Ausstosses. Beide Länder verlangen von den Industrieländern höhere Reduktionsziele.

6. Der Copenhagen Accord sieht vor, den Entwicklungsländern in den nächsten drei Jahren 30 Mia. und ab 2020 jährlich 100 Mia. Dollar für Anpassungs- und Schutzmassnahmen zur Verfügung zu stellen. Woher das Geld kommen soll, blieb offen. Der britische Premier Gordon Brown und sein äthiopischer Kollege Meles Zenawi haben von Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon die Aufgabe gefasst, «innovative langfristige Geldquellen» zu suchen. Die Gefahr ist gross, dass nicht zusätzliche Mittel fliessen, sondern Gelder der Entwicklungshilfe umetikettiert werden, wie dies kürzlich die deutsche Regierung beschlossen hat.

«Ein Insider schätzt die Chance, dass Ende Jahr ein verbindliches Klimaabkommen vorliegt, auf höchstens 1 Prozent.»

In Bern sucht derzeit eine «Findungsdelegation» die Kasse, aus der die 150 Mio. Franken geholt werden könnten, die Bundesrat Leuenberger in Kopenhagen als Schweizer Beitrag für die Jahre 2010 bis 2012 versprochen hat. Wann und wo sie fündig wird, steht in den Sternen.

Rosmarie Bär

Gedrängter Fahrplan

Die von der Uno kurzfristig angesetzte «Deblockierungsrunde» der Klimaverhandlungen findet vom 9. bis 11. April in Bonn statt. Anfang Juni (31.5. bis 11.6.) folgt eine Zwischenkonferenz auf MinisterInnen-Ebene. Die nächste Vertragsstaaten-Konferenz findet vom 29.11. bis 10.12. in Cancún (Mexiko) statt. Zusätzlich prüft die Schweiz, ob sie im Herbst eine handverlesene «MinisterInnen-Runde» zum Thema «Anpassung an die Klimaveränderung» einberufen soll.

Als Antwort auf das Scheitern von Kopenhagen hat Boliviens Präsident Evo Morales soziale Bewegungen aus aller Welt zu einer Konferenz eingeladen (Peoples' World Conference on Climate Change and Mother Earth's Rights). Sie findet vom 19. bis 22. April in Cochabamba statt: <http://pwccc.wordpress.com>

Die Uno auf der Zuschauerbank

Peter Niggli **Seit dem Ausbruch der Finanzkrise zersetzt sich das herkömmliche Gefüge der internationalen Politik und Zusammenarbeit. Die Gruppe der zwanzig grössten Industrie- und Schwellenländer (G-20) hat das «Weltwirtschaftsdirektorium» der sieben alten Industrieländer plus Russland (G-8) geschluckt, die Entwicklungsländer auseinanderdividiert und die Uno auf die Zuschauerplätze verwiesen.**



Foto: Keystone

Selbsternannte «Weltregierung» mit fragiler Kohäsion: G-20-Gipfel 2009 in Pittsburgh (USA).

Aussenpolitische Kreise der Schweiz fühlen sich in der neuen Welt «unbehaust». Bundespräsident Hans-Rudolf Merz klagte vor der Uno-Generalversammlung im vergangenen Herbst, die G-20 seien intransparent, und ihren Beschlüssen mangle es an Legitimität. Später sagte er, die Schweiz sollte möglichst nahe an die G-20 herankommen oder mit anderen wirtschaftlich starken Staaten eine «Anti-G-20» aufbauen. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) sieht den Multilateralismus gefährdet: Die G-20 reduzierten «die Relevanz und den Einfluss authentischer multilateraler Prozesse und Institutionen» wie etwa der Uno, und der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank müssten nach der Pfeife der G-20 tanzen.¹

G-20: Ein kleiner Fortschritt

Tatsache ist, dass kleine informelle Staatengruppen seit Langem auf die Uno, den IWF und die Weltbank überproportionalen Einfluss ausüben. Die G-7 bestimmten, was im IWF und in der Weltbank lief. Schweizer Vertreter in diesen Institutionen klagten schon vor Jahren, dass sie die Beschlüsse der G-7 faktisch nur noch abnicken könnten. G-7-Gipfeltreffen waren

deshalb immer Gegenstand internationaler Proteste. Der Vorwurf: Der Führungsanspruch der G-7 ist nicht legitimiert, die G-7 sind nicht repräsentativ und vertreten nur die Interessen der Minderheit der reichen Länder.

Insofern sind die G-20 ein Fortschritt. Auf ihrer Website rühmen sie sich eines «hohen Grads an Repräsentativität und Legitimität», weil die Mitglieder aus allen Kontinenten kämen, zwei Drittel der Weltbevölkerung zählten und 90 Prozent der Weltwirtschaftsleistung produzierten.²

Die G-20 hatten bislang drei Auswirkungen. Erstens auf die Wirtschaftskrise: Die koordinierten Konjunkturstützungsprogramme der G-20-Mitglieder schwächten deren schlimmstmögliche Auswirkungen bedeutend ab. Das öffentlich einzugestehen, würde auch der Schweizer Regierung gut anstehen. Wenn sie sich heute brüstet, mitten in der Krise Staatshaushaltsüberschüsse zu schreiben und die Krise am besten gemeistert zu haben, verkennt sie die internationalen Anstrengungen zur Krisenbewältigung, von denen sie profitiert, aber an die sie nichts beigetragen hat.

Krisenmanagement der Uno geschwächt

Zweitens auf die Uno: Die G-20 haben ihr eine grössere Rolle in der Krisenbehandlung verwehrt. Bis 2008 bestand in Wirtschaftsfragen eine Polarität zwischen den Bretton-Woods-Institutionen (IWF und Weltbank) und der Uno. Tatsächlich das Sagen hatten die Bretton-Woods-Institutionen, welche die G-7 zusammen mit kleineren Industrieländern kontrollieren. Deshalb wollten alle Entwicklungs- und Schwellenländer Wirtschaftsfragen vermehrt im Rahmen der Uno behandeln. Im Herbst 2008 hätten sie die Krise, die ja auch eine Krise der westlichen Marktgläubigkeit war, für die Stärkung der Wirtschaftsrolle der Uno ausnützen können. Sie standen hinter Vorschlägen zur Bildung eines Uno-Weltwirtschaftsrates und einem Programm für neue Weltwirtschaftsregeln, das sich sehen lassen konnte.³ Hätten die G-7 nicht China, Indien, Brasilien, Südafrika und andere gewichtige Schwellenländer in das neue «Weltwirtschaftsdirektorium» der G-20 kooptiert, hätten diese Vorschläge mehr Gewicht erhalten. Der Bundesrat war übrigens, unter dem Einfluss des Finanzministeriums, gegen eine grössere Wirtschaftsrolle der Uno und hat so die G-20 gestärkt.

G-77 von Fall zu Fall

Drittens wirken sich die G-20 auf die G-77 aus. In vielen internationalen Verhandlungen operieren die Entwicklungs- und Schwellenländer über die G-77, die Koordinationsplattform von 133 Entwicklungsländern plus China. Sie tun dies, obwohl sie keineswegs identische Interessen haben, es sei denn der Wunsch, westliche Hegemonieansprüche abzuwehren. Gewicht haben die G-77 dann, wenn ihre Schwergewichte China, Indien usw. hinter den vereinbarten Positionen stehen.

Das schien anfänglich auch in den Klimaverhandlungen so zu sein. Die G-77 wollten ein weitreichendes Abkommen mit verbindlichen Emissionsreduktionszielen nach den Empfehlungen des Weltklimarates erreichen, ähnlich wie etwa die Europäische Union. Die Streitpunkte lagen in den Details, vor allem in finanziellen Fragen. In Kopenhagen scherte jedoch die «Viererbande» von China, Indien, Südafrika und Brasilien aus der G-77 aus und handelte mit den USA den unverbindlichen Copenhagen Accord aus, den die Konferenz konsterniert «zur Kenntnis» nahm. Sie halfen damit den USA, ihre Vorstellung eines schwachen, aber alle Länder umfassenden Klimaabkommens vorläufig durchzusetzen. In Kopenhagen spielten die G-20 keine aktive Rolle – die USA hatten sich gegen den europäischen Wunsch gewehrt, die Klimaerwärmung am Pittsburgh-Gipfel vom September 2009 zu behandeln. Aber ohne die Gründung der G-20 wäre die Viererbande in Kopenhagen nicht aus der G-77 ausgeschert.

Interne Widersprüche

Allerdings ist nicht damit zu rechnen, dass die G-20 die gleiche Kohäsion haben wie die G-7. Die Bereiche sich widerspre-

«Es bestehen nach wie vor Chancen für einen inklusiven Multilateralismus. Die Deza bedauerte sein Ableben zu früh.»

chender Interessen liegen auf der Hand: Die Bretton-Woods-Institutionen sind noch keineswegs so reformiert, wie es die Schwellenländer wünschen. Solange das nicht geschieht, werden sie sich weder massiv an ihrer Finanzierung beteiligen, noch auf selbstkontrollierte Finanzierungsinstitutionen verzichten. Dasselbe gilt für den Handelsbereich und die Welt handelsorganisation (WTO). Und erst recht gilt dies für machtpolitische Fragen wie die diversen Kriege der USA oder die Sanktionierung von Staaten, die der Westen als feindlich betrachtet.

Es ist deshalb damit zu rechnen, dass die in die G-20 kooptierten Schwellenländer weiterhin auch auf der Klaviatur der G-77 spielen werden. Deshalb bestehen nach wie vor Chancen für einen inklusiven Multilateralismus. Die Deza bedauerte sein Ableben zu früh.

¹ Deza: *Global Cooperation, Annual Programme 2010*. S. 2 f.

² www.g20.org/about_faq.aspx

³ *The Stiglitz Report: Reforming the International Monetary and Financial Systems in the Wake of the Global Crisis*. New York, 2009

Die Proliferierung des G-X-Prozesses

Who's who bei den G-X

1976 schlossen sich in Folge der «Ölkrise» die sieben grössten Industrieländer zu den G-7 zusammen (siehe Tabelle). Sie erweiterten sich 1998 um Russland zur G-8. Seit 2005 luden die G-8 zu ihren Gipfeltreffen regelmässig fünf grosse Schwellenländer (G-5) ein.

Nach dem Ausbruch der Finanzkrise von 2008 riefen Frankreich, Kanada und die USA dazu auf, zur Krisenbewältigung statt der G-8 zwanzig der grössten Industrie- und Schwellenländer einzuberufen: die G-20. Deren Pittsburgh-Gipfel beschloss im September 2009, dass die G-20 ab sofort die G-8 als «Weltwirtschaftsdirektorium» ablösen werden. Frankreich und Kanada hatten im Vorfeld vergeblich dafür plädiert, aus den G-8, den G-5 und Ägypten eine G-14 zu bilden, was den alten Industriestaaten etwas mehr Gewicht gegeben hätte.

Die G-20 gehen auf die Konferenz der 20 Finanzminister zurück, die auf Initiative der G-8 zum ersten Mal 1999 einberufen worden waren. Sie sollten nach der (asiatischen) Finanzkrise von 1997/98 eine neue, stabilere Finanzarchitektur aushandeln. Ohne Erfolg, wie die neue Finanzkrise zeigte.

Im März 2009 lancierten die USA das Major Economies Forum on Energy & Climate Change (MEF). Es setzt sich aus 17 Mitgliedern der G-20 zusammen, ohne Argentinien, Saudiarabien und die Türkei. Das MEF zeigt, dass die Proliferation von G-X-Gruppen mit der Bildung der G-20 wahrscheinlich nicht abgeschlossen ist.

Peter Niggli

Mitglieder der «G-X»

G-20-Mitglieder	G-7/G-8	G-5	MEF
USA			
Kanada			
Deutschland			
Frankreich			
Grossbritannien			
Italien			
Japan			
Russland			
Europ. Union			
Brasilien			
China			
Indien			
Mexiko			
Südafrika			
Argentinien			
Australien			
Indonesien			
Saudiarabien			
Südkorea			
Türkei			

Rezepte gegen den Griff aufs fremde Land

Pepo Hofstetter **Der Wettlauf von Firmen und Staaten um riesige Landflächen in armen Ländern («Land Grabbing») läuft auf Hochtouren. Täglich erscheinen auf den einschlägigen Webportalen neue Meldungen. Bauern- und Nichtregierungsorganisationen warnen vor einer weiteren Marginalisierung der Landbevölkerung. Die Weltbank und andere Entwicklungsagenturen aber setzen auf «Win-win» und freiwillige Richtlinien für Investoren.**

Anfänglich waren vor allem reiche arabische Ölstaaten und Schwellenländer wie China und Südkorea die treibenden Kräfte. Um die eigene Versorgung mit Grundnahrungsmitteln und pflanzlichen Rohstoffen zu sichern, begannen sie vor ein paar Jahren in Afrika und Asien, aber auch in Ländern der ehemaligen Sowjetunion und in Lateinamerika, Zehntausende von Hektaren zu kaufen bzw. langfristig zu pachten. Seit dem Ausbruch der Finanzkrise haben immer mehr auch Finanzfonds Ackerland als vielversprechendes Investitions- und Spekulationsobjekt entdeckt. Die auf das Thema spezialisierte Nichtregierungsorganisation Grain listete im Oktober 140 Hedge Fonds, Private Equity Groups und andere Finanzagenturen auf, die angesichts der absehbaren Verknappung von Nahrungsmitteln, Wasser und Energieträgern auf steigende Preise und Renditen setzen. Darunter figurieren auch Schweizer Institute (vgl. Seite 11).

Sorghum aus Sudan für Kamele am Golf

Die (meist autoritären) Regierungen der Zielländer empfangen die Investoren mit offenen Armen, obwohl die Ernährungslage im eigenen Land oft prekär ist. Sie erhoffen sich eine Modernisierung der Landwirtschaft, einen Ausbau der ländlichen Infrastruktur, Devisen und Arbeitsplätze. Dass das als «unbebaut» bezeichnete Land, das für 50 oder 99 Jahre an ausländische Investoren übergeht, häufig von Kleinbauern, Sammlerinnen und Hirten genutzt wird, kümmert wenig: Formelle Landtitel sind gerade in afrikanischen Staaten selten, der Boden meist staatlich.

Drei Beispiele:

- Im Sudan wickelt das Welternährungsprogramm (WFP) der Uno sein grösstes Hilfsprogramm ab (2008: 635 Mio. USD). Gleichzeitig hat die sudanesishe Regierung 1,5 Mio. Hektar bestes Ackerland für 99 Jahre an verschiedene Länder und Firmen verpachtet. Dort wachsen nun Weizen für Saudi-Arabien, Tomaten für die jordanische Armee und Sorghum (im Sudan ein Grundnahrungsmittel) für Kamele in den Vereinigten Arabischen Emiraten.
- Äthiopien ist der zweitbeste Kunde des WFP (2008: 287 Mio.

USD). Dennoch will die Regierung bis 2013 insgesamt 3 Mio. Hektar Land an Staaten und ausländische Firmen verpachten. Als Anreiz bietet sie tiefe Land- und Wasserpreise, Steuerbefreiung und die Möglichkeit, Produkte und Gewinne unbegrenzt auszuführen.

- In Mali sind ein Drittel der Kinder unter 5 Jahren unterernährt. Wegen des Vorrückens der Wüste, des Bevölkerungswachstums und der Konkurrenz ausländischer Investoren leiden immer mehr Bauernfamilien unter Landknappheit. 2008 hat sich im bewässerbaren Gebiet des Office du Niger (inneres Nigerdelta) ein staatlicher libyscher Investmentfonds 100 000 Hektaren Land gesichert (Projekt Malibya). Er wird Hybrid-Reis, später auch Fleisch und Tomaten für den Verzehr in Libyen produzieren. 150 Bauernfamilien, so berichtet die holländische Entwicklungsorganisation Oxfam Novib, wurden umgesiedelt (aber nur 58 entschädigt), in den angrenzenden Dörfern verloren viele Frauen ihre Gemüsegärten, Transitrouten von Viehzüchtern wurden unterbrochen. Für den Bau eines gigantischen Bewässerungskanals beauftragten die Libyer eine chinesische Firma. Weder die Regionalbehörde noch die Bevölkerung wurden konsultiert: Es waren die beiden Staatschefs, die den Land-Deal absegneten.¹

Weltbank setzt auf «Win-win»

Vor zwei Jahren veröffentlichte der Weltagrarrat im Auftrag verschiedener Uno-Organisationen seinen Weltagrarricht. Um den Hunger wirksam zu bekämpfen und die Ernährung langfristig zu sichern, so das Fazit, braucht es einen radikalen Wandel in der internationalen Agrarpolitik: Weg von industriellen Grossprojekten, hin zur Stärkung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, die ebenso produktiv, aber sozialer und ökologischer produziert.

«Land Grabbing», wie die Aneignung grosser Ländereien durch Staaten und Firmen oft genannt wird, führt in die diametral entgegengesetzte Richtung. Die Investoren setzen auf grosse Anbauflächen, die industriell bewirtschaftet werden können. Trotzdem sprechen multilaterale Organisationen wie

Agrotreibstoffe statt Nahrungsmittel: Jatropha-Plantage der britisch-kanadischen Energieressourcen in Mosambik. 60 000 ha besitzt sie schon, über weitere 60 000 ha verhandelt sie.



die Weltbank, die Uno-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) und Geberstaaten von möglichen «Win-win-Situationen». Richtig durchgeführt, so behaupten sie, könnten diese dringend notwendigen Investitionen helfen, die Produktivität zu erhöhen, die ländliche Infrastruktur zu entwickeln, Arbeitsplätze zu schaffen und den wachsenden Bedarf an Grundnahrungsmitteln zu decken. Folgerichtig hat die auf Förderung von Privatinvestitionen spezialisierte Weltbanktochter IFC (International Finance Corporation) ihr Agrobusiness mas-

«In Mali sicherte sich ein libyscher Staatsfonds 100 000 Hektaren fruchtbares Land. Für den Bau des gigantischen Bewässerungskanals beauftragte er eine chinesische Firma.»

siv ausgebaut und treibt Regierungen zu investorenfreundlichen Reformen an.²

Die Weltbank arbeitet derzeit zusammen mit der FAO, der Uno-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad), dem Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) und Japan an Richtlinien für «verantwortungsbewusste Investoren». Sie sollen Fragen wie Transparenz, Respektierung der Landrechte, Einbezug der Lokalbevölkerung und gerechte Aufteilung der Gewinne regeln. Auf Antrag Japans, des weltgrössten Nettoimporteurs von Nahrungsmitteln, stellte sich 2009 auch der G-8-Gipfel von L'Aquila hinter das Vorhaben. Um die Investoren nicht zu erschrecken, so der japanische Ausserminister, sollen die Richtlinien aber freiwillig sein.

Basisorganisationen stärken

Bei ländlichen Basisorganisationen und entwicklungspolitischen NGOs stösst dies auf Skepsis bis Ablehnung. «Mit frei-

willigen Richtlinien und Verhaltensappellen kann nicht verhindert werden, dass zahllose kleinbäuerliche Betriebe den Investoren weichen müssen», ist Uwe Hoering, ein profunder Kenner der Landwirtschaftspolitik der Weltbank, überzeugt. Es brauche nicht Investitionen in «Mega-Farmen von einigen wenigen Mega-Besitzern», sondern «Investitionen in die Ernährungssouveränität, in die unzähligen lokalen Märkte und jene vier Milliarden Menschen, die den Hauptharst der Nahrung produzieren». Am Welternährungsgipfel der FAO vom November 2009 in Rom forderten Bauernorganisationen und NGOs in einer gemeinsamen Erklärung eine Abkehr von Grossinvestitionen und die Stärkung kleinbäuerlicher Strukturen und der Rechte der Landbevölkerung.

Sie setzen dabei auf einen Prozess, den die FAO 2006 lancierte, und der das Problem breiter angeht. Ziel ist es, Richtlinien für den Besitz und die Pacht von Land und natürlichen Ressourcen zu erarbeiten und dabei die Rechte der kleinen und landlosen Bauern sowie die Ernährungssicherheit des betreffenden Landes ins Zentrum zu stellen.

Wichtig sei auch, so Miges Baumann, Leiter Entwicklungspolitik bei Brot für alle, betroffene Basisorganisationen vor Ort zu unterstützen. Verschiedene Hilfswerke gehen mit dem guten Beispiel voran: Brot für alle und Helvetas unterstützen die Bauerngewerkschaft Synergie paysanne, die sich in Benin gegen den grossflächigen Anbau von Agrotreibstoffen und für die Rechte der armen Bauern einsetzt. Und Fastenopfer hilft Basisorganisationen auf den Philippinen, die sich gegen das Land Grabbing wehren.

Interview mit der Deza: Seite 10.
Die besten Websites zum Thema: Seite 15.

¹ Verie Aarts LL.: *Unravelling the «Land Grab»*, Oxfam Novib, Amsterdam, October 2009

² So etwa in Pakistan, siehe *«The Great Land Grab»*, The Oakland Institute, Oakland, October 2009, www.oaklandinstitute.org

Den Investoren Schranken setzen

Wie schätzen Fachleute der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) den Griff von Firmen und Staaten auf grosse Ländereien im Süden ein?

GLOBAL+ sprach mit Andrea Ries und Sabine Schenk vom Deza-Globalprogramm Ernährungssicherheit.

GLOBAL+: Jacques Diouf, der Chef der Uno-Landwirtschaftsorganisation FAO, bezeichnete grossflächige Landnahmen in armen Ländern («Land Grabbing») als Neokolonialismus. Als was bezeichnet es die Deza?

Sabine Schenk: Man kann nicht nur von Neokolonialismus sprechen. Es sind souveräne Staaten, in denen investiert wird. Ihre Regierungen sehen riesige Reserven an sogenannt ungenutztem Land. Jetzt, wo viele von einer langfristigen Tendenz zu steigenden Nahrungsmittel- und Agrarlandpreisen ausgehen, wollen die Regierungen das Land nicht «brachliegen» lassen und ziehen aktiv Investoren an, unter anderem mit sehr tiefen Pachtpreisen. Äthiopien zum Beispiel verlangt pro Hektare einen bis acht Dollar, in anderen Ländern ist es ähnlich. Gewisse Regierungen gehen davon aus, dass sie die Preise erhöhen können, sobald die Investitionen getätigt sind und die Produktion läuft.

Es waren ebenfalls mehr oder weniger souveräne Staaten, die vor 80 Jahren Fruchtplantagen nach Zentralamerika oder auf die Philippinen holten. Die Kleinbauern leiden heute noch darunter. Was lässt Sie hoffen, dass es diesmal anders läuft?

Andrea Ries: Es gibt gescheiterte Modelle als die reine Plantagenwirtschaft: Ein Investor kann mit Kleinbauern zusammenarbeiten, wie es etwa beim Kaffee häufig geschieht. Welche Modelle sind gut und können die Entwicklung fördern? Um diese Frage geht es heute.

Land Grabbing ist also unproblematisch, man muss einfach schauen, dass es gut gemacht wird?

Ries: Nein. Aber man muss differenziert anschauen, um welche Art von Investition es geht. Wir kennen die Faktenlage derzeit zu wenig. Die Weltbank wird im April eine grössere Studie über 20 Länder liefern. Dann sehen wir, wo der Trend liegt.

Es gibt bereits viele Untersuchungen, die zeigen, dass er in die falsche Richtung läuft: Der Druck aufs Land steigt, Landrechte werden übergangen.

Schenk: Das Problem ist, dass in den letzten 30 Jahren weder in die kleinbäuerliche Produktion lokaler Nahrungsmittel noch in die lokalen Märkte investiert wurde. Sondern in die klassischen

Exportprodukte – Baumwolle, Kaffee, Kakao, Erdnüsse, usw. Nur was davon abfiel, etwa überschüssiger Dünger, ging in die Nahrungsmittelproduktion für lokale Märkte. Das gilt ganz besonders für Afrika. Jetzt sollen Grossinvestoren in die Bresche springen. Aber ich denke, Zweifel, dass sie positiv etwas verändern werden, sind berechtigt. Denn sie sind zumeist auf die Massenproduktion für den Weltmarkt oder ihr Herkunftsland ausgerichtet, und dies nicht unbedingt mit nachhaltigen Methoden.

Wo liegt die Lösung?

Schenk: In der nachhaltigen kleinbäuerlichen Produktion liegt ein grosses Wachstumspotenzial, sowohl für die Sicherung der Selbstversorgung wie für die Produktion für lokale, regionale und internationale Märkte. Das muss man fördern.

«Gerade in Ländern mit einem schwachen Staat können auch unverbindliche Prinzipien dazu beitragen, Konflikte zu verhindern.» Andrea Ries, Deza

Dazu steht Land Grabbing jedoch völlig im Widerspruch.

Schenk: In vielen Ländern Afrikas glauben die politischen Eliten nicht wirklich an die Kleinbauern. Sie sehen, dass Bevölkerung und Bodendegradation zunehmen, dass der Druck auf die Ressourcen steigt und die Produktivität in den letzten Jahrzehnten kaum gestiegen ist oder abgenommen hat. Sie fragen sich: Wie sollen wir unsere Leute ernähren, vor allem die wachsende Stadtbevölkerung? Sie haben das westliche Modernisierungsideal übernommen: neue Technologien, Mechanisierung im grossen Stil. Sie sagen, wir haben die Mittel dazu nicht, folglich brauchen wir ausländische Investoren.



Sabine Schenk ist Beraterin für Sektorpolitik des Deza-Globalprogramms Ernährungssicherheit.



Andrea Ries ist Leiterin des Deza-Globalprogramms Ernährungssicherheit.

Ries: Auslandsinvestitionen wird es tatsächlich brauchen, denn die Entwicklungszusammenarbeit kann den enormen Aufholbedarf nicht alleine bewältigen.

Spürt die Deza in ihren Schwerpunktländern die Folgen von Land Grabbing?

Schenk: Indirekt, zum Beispiel im Niger. Dort haben Golfstaaten und Libyen ein Auge auf fruchtbare Böden im ganzen Land geworfen. Angefangen hat es in einem Feuchtgebiet am Nigerfluss, in dem die Deza arbeitet und das international geschützt ist. Dort wollten saudische Investoren eine Konzession für 30 000 oder 40 000 Hektaren, um Reis anzubauen. Die Verhandlungen liefen hinter verschlossenen Türen in der Hauptstadt. Als Informationen durchsickerten, bildete sich Widerstand. Die Konzession wurde zum nationalen Politikum, und bisher blieb das Gebiet geschützt. Die Angelegenheit ist aber noch nicht definitiv gelöst. Doch die Sensibilisierung und Mobilisierung der Bevölkerung ist angelaufen, denn Niger hat beschränkte Ressourcen an Wasser, fruchtbarem Land und Weiden, und die meisten Gebiete mit günstigen Bedingungen sind im Visier der Investoren.

Fortsetzung auf Seite 12

Die Swiss Connection

Auch in der Schweiz sind verschiedene Banken, Finanzfonds und Firmen in Land Grabbing involviert. Banken bieten Firmen, die in Land investieren, Dienstleistungen an. Zudem offerieren sie ihren Kunden Anlagefonds, die Titel solcher Firmen enthalten. Credit Suisse und UBS beteiligten sich beispielsweise 2009 an der Herausgabe von Aktien von Golden Agri-Resources. Der weltgrösste börsennotierte Palmölproduzent aus Indonesien eignet sich riesige Landflächen an, um Palmen-Monokulturen zu pflanzen.

Auch zahlreiche in der Schweiz beheimatete Fonds haben sich auf Investitionen in die Landwirtschaft spezialisiert. So bieten die beiden Privatbanken Pictet und Sarasin Landwirtschaftsfonds an, wobei letztere ausdrücklich auch «land finance» betreibt, also den Einkauf von Land. Während Sarasin über allfällige ethische Kriterien bei der Auswahl der Firmen schweigt, arbeitet Pictet mit Ethos zusammen, der Stiftung für nachhaltige Investitionen. Die Fonds beider Banken investieren etwa bei COSAN, dem grössten brasilianischen Zuckerproduzenten. Dieser kauft spekulativ Ländereien und Landwirtschaftsbetriebe in Brasilien auf, um von Wertsteigerungen zu profitieren.

Weitere Fonds sind GlobalAgriCap (Zürich), GAIA World Agri Fund (Genf) und Man Investments (CH) AG (Pfäffikon SZ). Sie investieren in Unternehmen, die Land in Europa, Kasachstan, Brasilien und Russland kaufen.

Der Rohstoffmulti Glencore (Zug) besitzt über 300 000 Hektaren Landwirtschaftsland in Australien, Kasachstan, Paraguay, Russland und der Ukraine. Für Schlagzeilen sorgte kürzlich die Firma Addax Bioenergy mit Sitz in Genf (siehe «Le Monde diplomatique» vom Januar 2010). Im Februar schloss sie mit der Regierung von Sierra Leone einen Vertrag über die Pacht von 15 000 Hektaren Land über 50 Jahre ab. Ab 2012 will Addax 100 000 Kubikmeter Ethanol aus Zuckerrohr für den europäischen Markt produzieren. In der betroffenen Region leben über 20 000 Menschen, die Reis, Maniok und Gemüse anpflanzen. Sierra Leone ist eines der ärmsten Länder der Welt; über die Hälfte der Bevölkerung leidet an Unterernährung.

Yvan Maillard Ardent

Yvan Maillard Ardent ist bei Brot für alle für das Dossier Internationale Finanzen und Korruption zuständig. Der Text beruht auf Recherchen, die er für die Publikation «EinBlick» von Brot für alle durchführte. Der «EinBlick» zum Thema Land Grabbing erscheint im Mai. Infos: www.brotfueralle.ch

Schneidet die Deza das Thema im politischen Dialog mit den Regierungen an?

Schenk: Es ist wichtig, dass wir mit anderen Gebern zusammen im Politikdialog mit den Regierungen und regionalen Organisationen aktiv sind. Noch wichtiger ist aber, dass sich die Betroffenen selbst einschalten können. Dazu braucht es starke Verbände von Kleinbauern, auch von Viehwirten – sie sind wohl am stärksten betroffen. Sie sind mit ihren Herden in sehr dünn besiedelten Gebieten unterwegs, wo sie saisonal die Weiden nutzen. Da sagt eine Regierung rasch einmal, es handle sich um ungenutztes Land.

Es ist zentral, Kleinbauern und Viehwirte so zu unterstützen, dass sie sich organisieren können, um auf nationaler und regionaler Ebene ihre Interessen zu vertreten und Druck auszuüben. Diesbezüglich ist die Deza in den Sahel-Ländern seit vielen Jahren stark engagiert. Sie gehört zu den wenigen Gebern, welche diese Aufbauarbeit leisten, systematisch, kontinuierlich und im Dialog mit allen Beteiligten, vor allem auch mit den Regierungen. Das trägt Früchte.

Die Deza ist auch in internationalen Dialogen engagiert. Mit welchen Zielen?

Ries: Wir unterstützen zwei Prozesse. Die FAO arbeitet an Leitlinien zu Gouvernanz von Land und natürlichen Ressourcen, die sich an Regierungen richten und sehr breit gefasst sind. Es geht nicht nur, aber auch um Landfragen, um Landrecht,

Enteignungen oder Umsiedlungen. Parallel dazu arbeiten die Weltbank, FAO, IFAD und Unctad sowie Geberländer an Prinzipien für verantwortungsvolle Agroinvestitionen, die sich vor allem an Privatinvestoren und auch an staatliche Unternehmen richten.

Solche Prinzipien sind unverbindlich und kaum mehr als ein Feigenblatt.

Ries: Nein, sie haben absolut eine Berechtigung, wie das Beispiel Wald- und Holzsektor beweist. Es gibt auf internationaler Ebene keine griffigen Regulierungen für multinational tätige Unternehmen, weil sich die Herkunftsländer, auch die Schweiz, dagegen wehren. Aber es gibt Modelle, an denen der Staat, die Investoren und die Zivilgesellschaft beteiligt sind und die einiges erreichen können, wie die Extractive-Industry-Transparency-Initiative für den Abbau von Rohstoffen zeigt.

Was verspricht sich die Deza von den Prozessen der FAO und der Weltbank?

Ries: Der FAO-Prozess ist zentral, weil es ohne Landrechte fast zwangsläufig zu Konflikten kommt. Trotzdem braucht es unterschiedliche Instrumente für unterschiedliche Akteure, also für Regierungen und für Investoren. Denn gerade in Ländern mit einem schwachen Staat können auch unverbindliche Prinzipien dazu beitragen, Konflikte zu verhindern.

Interview: Pepo Hofstetter und Michèle Laubscher

Kampf gegen die Steuerflucht

Bleibt der Süden auf der Strecke?

Immer mehr Offshore-Finanzplätze verpflichten sich auf einen besseren Informationsaustausch mit ausländischen Steuerbehörden.

Die Entwicklungsländer haben von diesem wichtigen Fortschritt im Kampf gegen die Steuerflucht bisher nicht profitiert.

Prominente Steuerfluchtoasen, darunter die Schweiz, haben in den letzten Monaten Dutzende von neuen Doppelbesteuerungsabkommen und Abkommen über den Austausch von Steuerinformationen (Tax Information Exchange Agreements, TIEA) unterschrieben. Sie reagieren damit auf die ominöse OECD-Liste der unkooperativen Finanzplätze und auf die Drohung der G-20, über die Länder dieser Liste wirtschaftliche Sanktionen zu verhängen. Die neuen Abkommen entsprechen dem aktuellen OECD-Standard. Das heisst: Sie sehen in begründeten Verdachtsfällen den Austausch von Bankinformationen über mögliche Steuerhinterzieher vor.

Allerdings betrifft nur ein Bruchteil dieser Abkommen Länder des Südens. Eine Studie des deutschen Hilfswerks Misereor zeigt, dass weltweit von allen Doppelbesteuerungsabkommen, die internationale Amtshilfe in Fällen von Steuerhinterziehung vorsehen, nur gerade 6 Prozent ein Entwicklungsland einbeziehen.¹ TIEA mit Entwicklungsländern gibt es gar keine. Obwohl die Länder des Südens dringend höhere Steuereinnahmen für die Armutsbekämpfung und die Entwicklungsfinanzierung bräuchten, haben ihnen die Offshore-Zentren des Nordens bisher kaum Unterstützung im Kampf gegen die internationale Steuerflucht gewährt.

Die Schweiz ist hier keine Ausnahme. Von den elf neu verhandelten Doppelbesteuerungsabkommen, die sie inzwischen unterschrieben hat, betrifft eines das OECD-Mitglied Mexiko, aber kein einziges ein ärmeres Entwicklungsland (Stand: Mitte März). Mehr noch: In der neuen Finanzplatzstrategie macht der Bundesrat die Diskriminierung der Entwicklungsländer zur offiziellen Leitlinie. Er hält fest, dass bei der laufenden Revision der Doppelbesteuerungsabkommen die OECD-Staaten weiterhin Priorität haben. Damit stehen die Länder des Südens klar in der zweiten Reihe. Das frühere Angebot des Bundesrates, den Entwicklungsländern ein ähnliches Zinsbesteuerungsabkommen wie der EU vorzuschlagen, bleibt unerwähnt.

In den anstehenden Peer Reviews des OECD-Forums zu Steuerfragen könnten solche diskriminierenden Praktiken negativ zu Buche schlagen. Über den genauen Ablauf dieser Länderexamen ist

zwar noch nicht entschieden. Doch haben Nichtregierungsorganisationen aus aller Welt, darunter auch Alliance Sud, in einer gemeinsamen Aktion den Einschluss developmentspolitischer Evaluationskriterien gefordert. Es soll nicht nur berücksichtigt werden, mit wie vielen Staaten die untersuchten Steuerfluchtoasen bereits erweiterte Amtshilfe vereinbart haben, sondern auch, wie viele dieser Abkommen Entwicklungsländer betreffen. Die Schweiz würde hier bislang ausgesprochen schlecht abschneiden, könnte sich aber ein Beispiel an Grossbritannien nehmen. Der Inselstaat, der mit seinen anonymen Trusts zwar zur Verschleierung von internationalen Finanztransfers beiträgt, prüft zurzeit mit verschiedenen Entwicklungsländern den Abschluss eines multilateralen Abkommens über den Austausch von Steuerinformationen.

Mark Herkenrath

¹ Misereor: «Double Tax Treaties and Tax Information Exchange Agreements: What Advantages for Developing Countries?», 26. Januar 2010.



INSERATE

Beiträge zu Religion und Sozialismus

Neue Wege

Die *Neuen Wege* setzen sich kritisch mit den Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kirche auseinander und suchen nach ethischen Antworten.

Themen aus dem aktuellen Heft:

- Armut (k)ein Thema für die Schweiz?! Fachleute und direkt Betroffene, die das anders sehen
- Orthodoxie und Griechentum: eine ungesunde Symbiose

Probenummern erhalten Sie bei der Administration Neue Wege, Postfach 652, 8037 Zürich, info@neuewege.ch, www.neuewege.ch



Initiativen der Veränderung

Internationale Konferenzen in Caux 2010
2. Juli – 17. August 2010, Caux bei Montreux

2. – 7. Juli 2010
Gemeinsam Vielfalt leben
Grundrechte und Multikulturalität in Europa

9. – 16. Juli 2010
Caux Forum für Menschliche Sicherheit
Für jene, die sich auf allen Ebenen weltweit für Frieden einsetzen

26. Juli – 2. August 2010
Nur gemeinsam gehts!
Ein Dialog zwischen Generationen und Kulturen

4. – 10. August 2010
Verantwortung übernehmen – Für eine nachhaltige Zukunft
Für alle, die sich in konkreten Projekten für Wandel engagieren möchten

4. – 10. August 2010
Weiterbildung mit Initiativen der Veränderung
Kurse in Friedenserziehung, Teambuilding, Dialog...

12. – 17. August 2010
Vertrauen und Integrität in der Weltwirtschaft
Auf der Suche nach Wegen zu einer gerechteren globalen Wirtschaft

www.caux.ch/2010



Dein Handy, das unbekannte Wesen. Faltblatt der Bildungsstelle von Alliance Sud für SchülerInnen der Sek I und II. Sie erfahren, welche globalen Folgen die Produktion und der Gebrauch von Handys hat. www.alliancesud.ch/de/lernmedien

IWF-Kredite und globale Krise Die neue Studie von Alliance Sud untersucht, ob sich die Konditionalitätspolitik des IWF gegenüber Entwicklungsländern verändert hat. www.alliancesud.ch/de/publikationen

Dokumentationszentrum auf Facebook Das Dokumentationszentrum von Alliance Sud ist neu auch auf Facebook erreichbar. www.facebook.com/AllianceSudDok

Karussell

— **Marion Künzler** (vormals GTZ und noch früher Praktikantin bei Alliance Sud) betreut bei Brot für alle die Fachstelle Klima und Entwicklung. Sie vertritt **Evelyn Kammer**, die im Mutterschaftsurlaub ist. **Therese Berner**, bisher bei Swissaid für Abzeichenverkauf und institutionelle Grossspenden verantwortlich, verlässt das Hilfswerk. — Bei Helvetas haben **Esther Matzinger** (Telefon/Empfang/Verkauf) und **Natalie Brechbühl** (Konsultanten + Praktika) **Ruth Gerhing** und **Helena Rosenberg** ersetzt, die beide pensioniert wurden. **Marc Hermann** ist neuer IT-Supporter und folgt auf **Marcel Alber**, der eine Weltreise unternimmt. Bei Fastenopfer geht **Hedy Weilenmann** (Telefon und Empfang) in Pension und wird durch **Barbara Schaller** ersetzt. Die Nachfolgerin von **Natascha Kaufmann** (ebenfalls Telefon und Empfang) heisst **Christine Wey**. — Bei Caritas Schweiz ist **Gian-Reto Capaul** neu Delegierter in Haiti und **Frank Gernot** in Padang/Indonesien. Caritas verlassen haben **Thomas Friebe** (Chefdelegierter Pakistan), **Marc Bloch** (Regionalverantwortlicher Nairobi), **Barbara Lutz** und **Sonja Bachmann** (Programmverantwortliche Lateinamerika)

Umfrage zur Entwicklungshilfe

Breiter Rückhalt im Volk

Seit 1984 führen Alliance Sud und die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) alle vier bis fünf Jahre eine Umfrage über die Einstellung der Stimmberechtigten zur Entwicklungszusammenarbeit (EZA) durch. Die neusten Resultate zeigen einige interessante Veränderungen.

Weiterhin erfreulich hoch ist die generelle Unterstützung der schweizerischen EZA. 53% – gleich viele wie 2004 – befürworten die Weiterführung auf bisherigem Niveau, 30% (8% mehr als 2004) möchten eine Verstärkung. Das ist umso beachtlicher, als die Höhe der Hilfe meist massiv überschätzt wird und in den letzten Jahren heftig über den Sinn und Nutzen von EZA gestritten wurde. Am wirksamsten wird die staatliche EZA dort eingeschätzt, wo sie in Zusammenarbeit mit den Hilfswerken und direkt (bilateral) mit den Ländern des Südens geschieht.

Allerdings sehen weniger Befragte als auch schon eine Mitverantwortung des Nordens für die Lage der Entwicklungslän-

der. Sie scheinen stärker zwischen der Verantwortung für die Ärmsten und jener für die Staaten zu differenzieren. So glauben nur noch 19%, unser Wohlstand beruhe auf ihrer Armut (2004: 49%). Und nur ein Drittel sieht den Süden vom Norden «ausgebeutet» (2004: 59%). Auf die Frage, was am meisten zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Süden beitragen könnte, nennt jeder Zweite «Reformen im Süden» und jeder Dritte «die Veränderungen der weltwirtschaftlichen Spielregeln» – vor fünf Jahren war es genau umgekehrt.

Eine wachsende Minderheit (31%) ist schliesslich der Ansicht, die EZA sollte «immer auch unserer Wirtschaft nützen», etwa durch den Kauf von Gütern (1999: 16%). Umgekehrt verliert die prononcierte Gegenmeinung an Boden, EZA solle «unabhängig von schweizerischen Wirtschaftsinteressen» stattfinden: 2004 waren 48% dieser Ansicht, 2009 noch 28%.

Pepo Hofstetter

Resultate und Kommentare:
www.alliancesud.ch/de/ep/eza/umfrage2009

sowie **Barbara Willen** (Juniorin Tadschikistan). **Elsbeth Horbaty**, bisher Leiterin der Abt. Lateinamerika, ist neu Delegierte für Kuba. Ihren bisherigen Job übernimmt **Bettina Bühler**, Leiterin der Abt. Afrika (Fusion der beiden Abteilungen).

— Beim Heks arbeitet neu **Jana Zemp** als Delegierte für Humanitäre Hilfe in Haiti. **Karin Schöpfer** löste **Barbara Schläpfer** als Assistentin der Direktion ab, und **Yolanda Hug** übernimmt die Sachbearbeitung Bereich Ausland von **Barbara Wechner**. **Vincent Hug** ist neuer Mitarbeiter der Heks-Fachstelle Schwerpunktthemen Bereich Ausland. **Angela Castagna**, Bereich Kommunikation, verlässt das Heks.

— Bei der Stiftung Bildung und Entwicklung ist neu **Susanna Mühlethaler Bernet** für Analysen und Qualitätssicherung zuständig. Sie ersetzt **Anita Schärli Wegmüller**, die in Pension ging. **Claudia Nielsen**, Geschäftsführerin von Oikocredit Deutsche Schweiz, ist neu Stadträtin (Exekutive) von Zürich. **Martin Bloch** und **Melanie Meier** lösen **Jürg Keller** als Koordinator Schulbesuche der Erklärung von Bern ab. Neue Leiterin des Kompetenzzentrums Friedensförderung

KOFF ist **Ursula Keller**, bisher Leiterin der Auslandabteilung des cfd. Sie folgt auf **Anita Müller**, die in der Geschäftsleitung von Swisspeace neue Aufgaben übernimmt.

— Bei der Deza wechseln **Thomas Kugler** (Abt. Globale Institutionen) und **Doris Romer** (Programmbeauftragte Abt. Westafrika) in die Abt. Neue EU-Mitgliedstaaten. **Markus Heiniger**, bisher für friedenserhaltende Massnahmen des EDA in Nepal zuständig, wird neu Politikberater für Konfliktprävention und Menschenrechte in der Abt. Südasiens. Neuer Programmbeauftragter in der Sektion Wasser (Globale Zusammenarbeit) ist **Johann Gély**, bisher Seco. **Mario Carera**, Koordinator in Jerusalem, wechselt in die Politische Abt. IV des EDA, und **Elisabeth Diethelm**, Assistenzkoordinatorin in Beirut, wird stv. Koordinatorin in Pretoria. **Yuka Greiler**, JPO im Kobü New Delhi, ist neu Programmbeauftragte in der Sektion Klimawandel (Globale Zusammenarbeit). Schliesslich zieht **Therese Adam**, Leiterin des Bereichs Ostzusammenarbeit, im Sommer als Botschafterin nach Maputo/Mosambik. Ihr Nachfolger bei der OZA heisst **Kurt Kunz**, bisher 1. Botschaftssekretär in Madrid.

Lesezeichen

Die globale Jagd nach Land



Peak Soil: Die globale Jagd nach Land. Thomas Fritz; FDCL-Verlag, Berlin 2009; 164 S.

Angelehnt an den Begriff «Peak Oil», der das Produktionsmaximum von Erdöl meint, betitelt Thomas Fritz sein Buch zur globalen Jagd nach Land mit «Peak Soil». Wie Öl, sind auch die Landreserven dieser Erde begrenzt. Sie sollten vorab der Ernährung dienen. Wer damit spekuliert, so zeigt das Buch, gefährdet die Ernährungssicherheit. Die Aneignung grosser Flächen fruchtbarer Landes konkurrenziert die kleinen Produzenten, verschärft den Landdruck und führt wegen der industriellen Anbaumethoden zu einer Übernutzung der Böden und weiterem Landverlust.

Als Beispiel eines Akteurs der neuen Landnahme nimmt der Autor den südkoreanischen Konzern Daewoo Logistics ins Vi-

sier. Er analysiert den Fall und die Faktoren, die zum Scheitern des Pachtgeschäfts in Madagaskar und zum Sturz dessen Präsidenten geführt haben.

Regierungen, UN-Behörden und Entwicklungsagenturen betrachten die Mehrinvestitionen in den Agrarsektor als Chance, wenn sie mit freiwilligen Richtlinien flankiert werden. Fritz zeigt auf, dass dies nicht ausreicht, um die bedrohten Kleinbauernfamilien zu schützen.

Das Buch ist im Dokumentationszentrum ausleihbar. Signatur: Eg/45

FDCL

Nebst der oben vorgestellten Publikation bietet die Website des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika (FDCL) weitere Dokumente zum Thema Landnahme. www.fdcl-berlin.de/publikationen

GRAIN

Die NGO Genetic Resources Action International (GRAIN) bietet auf ihrer «Landgrab resource page» viele Hintergrundmaterialien. Auf dem Blog farmlandgrab.org werden täglich neuste Meldungen aufgeschaltet. www.grain.org/landgrab

International Land Coalition (ILC)

In der ILC arbeiten zivilgesellschaftliche und intergouvernementale Organisationen mit dem Ziel zusammen, armen Menschen den Zugang zu Land zu sichern. Der ILC-Blog «Commercial Pressures on Land» verweist auf Artikel, Forschungsberichte, Fallstudien und andere relevante Informationen zum Thema Land Grabbing. www.landcoalition.org/cpl-blog

Dialogue on Agriculture and Food Security

Landkauf war das Thema eines Symposiums der Deza zum Welternährungstag 2009. Die Site bietet nebst den Tagungsdokumenten auch weiterführende Hintergrundinfos. www.world-food-dialogue.ch

E-Dossier Land Grabbing

Das Dossier des Dokumentationszentrums von Alliance Sud bietet Hintergrunddokumente und einen Medienspiegel zum Thema der neuen Landnahme. www.alliancesud.ch/de/dokumentation/e-dossiers

Zum Thema Land Grabbing siehe auch die Beiträge auf den Seiten 8–12

Verantwortlich für diese Seite:
Dokumentationszentrum Bern

Zeitschriften-Lese(n)



Südafrika abseits der WM

Das erste Dossier 2010 von «iz3w» (Januar/Februar) lässt die bevorstehende Fussball-Weltmeisterschaft im Abseits stehen und leuchtet vielmehr die Lebensrealitäten im Post-Apartheid-Südafrika aus. So in Beiträgen über die Siedlungsstruktur, die Arbeit einer Selbsthilfegruppe zur Aufarbeitung struktureller Menschenrechtsverletzungen

oder Initiativen gegen sexistische und rassistische Gewalt. Artikel zu Aids, Kulturszene, Gewerkschaften und Wirtschaftslage runden das Themenspektrum ab. www.iz3w.org

Anstösse zu einer fairen WM

Seit 2008 stimmt «Afrika süd» in einer bisher fünfteiligen, thematisch breit gefächerten Serie auf die Fussball-WM ein. Sie spannt den Bogen von der Kampagne «Fair Games – Fair Play», die angesichts der forcierten Bautätigkeit gerechte Arbeitsbedingungen fordert, über ein Interview, das ein ernüchterndes Fazit zum Nutzen der WM für die Bevölkerung zieht, bis hin zu den Verstrickungen von Fussball und Apartheid. www.issa-bonn.org

Dokumentationszentrum Bern – wo Sie mit Ihrer Informationssuche richtig sind:

Standort
Monbijoustrasse 31,
3011 Bern

Telefon
031 390 93 37

E-Mail
dokumentation@alliancesud.ch

Internet
www.alliancesud.ch/dokumentation

Zahlen und Fakten

50 000

Die Schweiz zählt 50 000 Tier- und Pflanzenarten. Die Hälfte davon ist gefährdet oder stark bedroht.

50

Die Tropenwälder beherbergen 50 Prozent der weltweit bekannten Pflanzen- und Tierarten. Aber die Hälfte des Amazonaswaldes droht bis 2050 zu verschwinden.

100

Im Laufe der letzten hundert Jahre haben die Menschen das natürliche Artensterben um den Faktor 100 beschleunigt.



Vorankündigung

Zehn Jahre MDGs – wie weiter?

Öffentliche Tagung von Alliance Sud
und Amnesty International

Dienstag, 22. Juni 2010, 9.45 bis 15.30 Uhr,
Kultur-Casino, Bern

Die Uno-Millenniumsziele (MDGs) wollen bis 2015 die schlimmste Armut und den Hunger halbieren, den Zugang zu Bildung und Gesundheit massiv verbessern und die Gleichstellung der Geschlechter verwirklichen. Im September diskutiert ein Uno-Gipfel in New York, wo wir in der Umsetzung stehen und was es bräuchte, um die Ziele bis 2015 möglichst weitgehend zu erreichen.

An der Tagung von Alliance Sud und Amnesty International bilanzieren Fachleute aus dem In- und Ausland die bisherige Umsetzung und das Engagement der Schweiz. Sie diskutieren Stärken und Schwächen des MDG-Konzepts und formulieren Vorschläge, wie den Zielen neue Schubkraft zu verleihen wäre. Und sie wagen einen ersten Blick über 2015 hinaus.

Weitere Informationen: www.alliancesud.ch